

Claus Leggewie

# Die Globalisierung und ihre Gegner

**Die Globalisierung hat viele »Gegner«: ihre eigenen Mechanismen, Nicht-Regierungsorganisationen, Protestbewegungen und sogar die USA selbst. Dabei ist sie zwar kein blindes Schicksal, aber doch unausweichlich und muss daher von Bewegungen und Parteien gemeinsam gestaltet werden.**

● Das Weltsozialforum in Porto Alegre hatte eine Hiobsbotschaft für die »Davos-Elite«: Nichts ist in Ordnung an einer Globalisierung, die so viele ausschließt und zurücklässt, die es erheblich fehlen lässt an Verantwortung für die Umwelt und künftige Generationen, die Verschiedenheit weder biologisch noch kulturell fördert und die nicht zuletzt einen eklatanten Mangel an Demokratie und Beteiligung aufweist und damit die Idee des Politischen selbst im Keim zu ersticken droht. Schon ein Jahr später war diese Botschaft zum Gemeinplatz geworden.

Doch viele Ansätze einer »anderen Welt«, wie sie in Porto Alegre mit trotzigem Pathos formuliert worden waren, könnten aber buchstäblich mit einem Schlag zunichte gemacht werden. Deswegen ist die transnationale Protestbewegung praktisch eine Friedensbewegung neuen Typs, die bei allen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten wie kein anderer transnatio-

ner Akteur über den militärischen Konflikt hinaus denkt und den in der Globalisierung konventionellen Typs missachteten Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Frieden thematisiert.

Die Transnationalität der Bewegung wurde augenfällig an dem Wochenende im Februar 2003, als von Australien über das »alte Europa« bis zur amerikanischen Westküste rund um den Globus mehrere Millionen Menschen gegen einen Präventivkrieg im Mittleren Osten auf die Straße gingen. Denn die Entgrenzung der Welt hat die Voraussetzungen demokratischen Friedens empfindlich gestört. Eine Bekämpfung des Terrors, die keine andere Botschaft bereithält als die Ausbreitung des »westlichen Lebensstils« und damit eine Apologie der Globalisierung, wie wir sie kannten, wird unweigerlich fehlschlagen.

## Verfolgener Optimismus

● Die »Globalisierung, wie wir sie kannten« hat in den vergangenen Monaten viele Freunde verloren, der krampfhaft Optimismus der 1990er-Jahre wirkt heute fast surreal. Träumten Wirtschaftsweisen, Chefvolkswirte und Analysten

eben noch von krisenfreiem Wachstum und ewigen Produktivitätsfortschritten, diskutierten sie jetzt ernsthaft, ob eine kommende Krise die der 1930er-Jahre übertreffen könnte – mit den entsprechenden Folgen für die weltwirtschaftliche Verflechtung. Die Situation zu Beginn des Jahres 2003: Die Investitionen stocken, die Profite stagnieren und die Crashes haben den harten Kern der »alten Ökonomie« erreicht. Die Malaise löst bei den Anlegern und Kreditgebern prozyklisches Verhalten aus; bekam man von den Banken vor kurzem noch Geld für jeden Unsinn hinterhergeworfen, werden jetzt auch exzellente Geschäftsideen abgeschmettert.

Alle offiziellen Szenarien gehen von der Annahme aus, die Weltwirtschaft durchlebe nach der Überhitzung nur die übliche Reinigungskrise. Aber wer garantiert, dass die destruktiven Seiten des »Raubtier-Kapitalismus« (Helmut Schmidt) wirklich eine kathartische Kehrseite haben? Die grundsätzliche Frage ist erlaubt, ob die kapitalistische Reproduktion deswegen gestört ist, weil sie kein »Außen«, keine Systemumwelt mehr hat. Wirtschaftsakteure wurden systematisch ermuntert, gierig zu sein und Wettbewerb außer Kraft zu setzen, und das bedeutet: Die

### »Raubtier-Kapitalismus«

Grundlagen kapitalistischen Wirtschaftens, seine Rechenhaftigkeit und Rentabilitätsmessung wurden über den Haufen geworfen. Damit ist die Kultur des Kapitalismus getroffen und die seit langem diagnostizierte Legitimationskrise könnte akut werden, wenn dem Markt fehlt, was seine Verteidiger immer als Tugenden und Garantien beschrieben haben: faire Preise, individuelle Tüchtigkeit, die Ehrlichkeit der Geschäftsleute.

Doch ist Globalisierung, um ein Diktum Max Webers über die moderne Wissenschaft abzuwandeln, kein Fiaker, aus dem man nach Be-

lieben aussteigen kann, wenn einem die Richtung nicht passt. Selbst die strengsten Kritiker gehören der wirklichen Weltgesellschaft unverbrüchlich an – auch wer im Charterbus zur Demo anreist und selbst der naturliebende Kunde einer alternativen Bioladenkette »macht mit«. Globalisierung ist kein Schicksal, wie ihre Schönredner und Propagandisten glauben machen wollen, aber die Kritiker sitzen mit im Fiaker. Und dessen rasante Irrfahrt legt ihnen die Verantwortung auf, nicht nur »Sand ins Getriebe« zu streuen, wozu Attac auffordert, sondern alternative Pfade auszukurdschaften.

### Resistenz und Reform

● Es gibt neben den die Globalisierung bekämpfenden Protestbewegungen einen zweiten neuen Akteur der transnationalen Weltpolitik jenseits von Staat und Markt: die so genannten Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO, nach engl. Non-Governmental Organizations). Sie agieren eher in der Lobby politischer Entscheidungsgremien und sitzen mit am Konferenztisch, die Protestbewegung zeigt sich auf den Straßen und öffentlichen Plätzen und im Fernsehen.

Nichtregierungsorganisationen und die transnationale Protestbewegung sind dabei arbeitsteilige, aber auch im inneren Konflikt stehende Akteure politischer Resistenz und Reform. Die NRO präsentieren im »Vorraum der Macht« und vor allem bei internationalen Konferenzen praktische Politikalternativen zu diversen Problemfeldern und Policy-Arenen weltweiter Entwicklung. Sie treten dabei als Gegeneliten in einen Wettbewerb mit den etablierten Experten und Funktionseleiten und erweitern das privat-öffentliche Netzwerk transnationalen Regierens.

Die transnationale Protestbewegung positioniert sich dagegen eher als widerständige Kraft

im Machtkampf mit transnationalen Regimen und Konzernen. Neu im Verhältnis zu älteren sozialen Bewegungen ist vor allem die globale Vernetzung sowie die Bündelung der diversen Issues im grundlegenden Widerspruch zum »Neoliberalismus«, wobei südliche Initiativen und Süd-Süd-Netzwerke an Gewicht zugenommen haben. Hier zeichnen sich auch neue Formate politischer Beteiligung jenseits von Parteien und Parlamenten ab.

Gemeinsam ist beiden Flügeln der Globalisierungskritik aber ein Paradox: dass sie zwar demokratisierende Wirkung besitzen, es ihnen selbst jedoch an innerer wie äußerer Legitimität mangelt. Das ist ein Kernproblem der Globalisierungskritik und zugleich die wichtigste Herausforderung für einen zeitgemäßen Kosmopolitismus. Während NRO und Protestbewegung in vieler Hinsicht demokratisierende Funktionen besitzen, mangelt es ihnen selbst im Binnenverhältnis an Rechenschaftspflichtigkeit und auch an externer Legitimation. Eine Lösung dieses Demokratiedefizits ist noch nicht gefunden worden, es gibt aber Ansätze zu einer föderativen, nicht mehr territorial gebundenen Repräsentation.

## Praktische Experimente

- Wollen sie praktische Experimente mit einer »topischen« Variante von Weltbürgertum und transnationaler Zivilgesellschaft sein, müssen sich NRO und Protestbewegungen auch hier et nunc in politische Gelegenheitsstrukturen einordnen, die für sie eher ungünstig aussehen. Denn trotz der unübersehbaren Entfremdung und Distanzierung bleibt eine Kooperation zwischen außerparlamentarischer Opposition und Parteien bzw. Regierungen der linken Mitte möglich und unerlässlich.

Ein Irrweg ist die Verparteilichung der sozialen Bewegungen, die manche Globalisierungskritiker im Sinn haben; auf der anderen Seite müssen sich die Parteien der linken Mitte bewegungsartiger und als Netzwerke mit flacheren Hierarchien rekonstruieren. Auch hier ist ein arbeitsteiliges Verhältnis denkbar: Der Beitrag der Bewegungen bestünde vor allem im Agenda-Setting, in der breiten Mobilisierung und in der Bereitstellung fachlicher Expertise, während Parteien in der Demokratie ihre klassischen Funktionen der Aggregation und Legitimation von Interessen ausspielen könnten. Transnationale Bewegungen erlauben zugleich eine grenzüberschreitende Vernetzung, die den Parteien auf Grund des territorialen Zuschnitts klassischer Akteure bisher fehlt.

## Kriegsgefahr

- Die »Außenseite« der politischen Gelegenheitsstrukturen ist bestimmt durch die eminente Kriegsgefahr. Heraufbeschworen wurde sie, nein: nicht durch die Vereinigten Staaten, sondern durch einen entgrenzten, der anarchischen Globalisierung kongenialen Terrorismus, aber in Reaktion darauf auch durch den unverkennbar imperialen Kurs, der die mit dem Elften September herausgeforderte Suprematie der Vereinigten Staaten sichern soll. Die Bush-Administration legt auf multilaterale Kooperation noch weniger Wert als ihre Vorgänger zu Zeiten und am Ende des Kalten Krieges, und sie hat zugleich in der Tradition Woodrow Wilsons und Franklin D. Roosevelts einen »idealistischen Internationalismus« reaktiviert, der die Welt sicher macht für die Demokratie. Die Europäische Union hat darauf keine schlüssige Antwort entwickelt, ebenso wenig einzelne europäische Mittel-mächte wie die Bundesrepublik Deutschland, die

sich mit ihrem (im Prinzip richtigen) Nein zu einem Präventivkrieg gegen den Irak in eine gewisse Isolation begeben und die Vereinten Nationen ebenso in Frage gestellt hat.

Allerdings war nicht der deutsche Sonderweg das Problem: Vielmehr kann sich der amerikanische Unilateralismus zu einem sicherheitspolitischen und geoökonomischen Alleingang steigern, der nicht nur das atlantische Bündnis unterminiert, sondern die Architektur

### »Pax americana als faktische Weltregierung«

der gesamten Weltordnung beschädigen würde. Damit stellt sich die Frage, ob eine im Guten wie im Schlechten entgrenzte Welt die Pax americana als faktische Weltregierung aushält und vielleicht sogar benötigt oder wie andernfalls eine kooperative multilaterale Variante der Globalisierung aussehen und wer die tragen soll.

Doch erscheint eine horizontale Architektur transnationalen Weltregierens derzeit utopisch; weder die Vereinten Nationen noch andere transnationale Regime haben die Kraft zu einer föderalen und interdependenten Herrschaftsstruktur. Vor allem aber steht die damit notwendig verbundene Abgabe nationaler Souveränität im Gegensatz zum Selbstverständnis der amerikanischen Führung, deren Maßnahmen seit dem Elften September auf einen im Inneren wie nach außen abgeschotteten Sicherheitsstaat hinauslaufen.

### Deutsche Prioritäten

- Die deutschen Prioritäten waren andere: die Identifizierung und Bekämpfung des von Al-Quaida und anderen Netzwerken ausgehenden Terrors, der Wiederaufbau Afghanistans und die

Sicherung regionaler Stabilität in Zentralasien, wobei geoökonomische Interessen, etwa an den dortigen Erdölressourcen, nachrangig eingestuft wurden. Schuldig blieb man freilich eine Antwort auf die Frage, wie man mit einer Diktatur umgehen will, die wiederholt über Nachbarstaaten hergefallen ist, die Opposition im Inneren brutal unterdrückt und über Massenvernichtungswaffen verfügt (und diese auch bereits eingesetzt hat).

Der transatlantische Dissens betraf nicht allein die Ziele, sondern auch die Mittel der Politik: Deutschland wollte das geltende Völkerrecht nicht durch einen in der Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich untersagten Präventivschlag zerstört sehen. Deutschland, der einstige Unrechts- und Machtstaat (worauf man in den USA fast täglich hingewiesen wird), wollte nicht, dass Macht systematisch vor Recht geht – und dies (wieder) zum Gesetz des Handelns in der internationalen Politik wird. Deutschland artikuliert also Dissens vor allem, weil sich ein amerikanischer Alleingang für die internationalen Beziehungen gegenwärtig und in Zukunft ungünstig auswirken kann und die Welt damit eben nicht sicherer wird für Frieden, Freihandel und Demokratie. Zugleich bekundete Deutschland ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung der Rolle der Vereinten Nationen und der NATO, die in den USA viele rechtskonservative Kräfte als Relikte des Kalten Krieges verabschieden möchten.

### Weltregierung

- Die Frage war, ob eine Welt, in der Macht und Souveränität von Nationalstaaten erheblich relativiert sind, eine Vormacht wie die USA aushalten kann oder ob die Pax americana sogar eine notwendige Bedingung für eine demokratische

Weltrepublik ist. Bereits Immanuel Kant sah die Nützlichkeit einer solchen Weltregierung, aber mehr fürchtete er, dass von ihr zugleich der schrecklichste Despotismus ausgehen werde. Und genau diese Gefahr droht derzeit vor allem vom Ausbau und Ausgreifen des amerikanischen Sicherheitsstaates auf den Rest des Globus.

Die amerikanische Heimatverteidigung macht ihre Maßstäbe weltweit geltend, und bei der Bekämpfung von Terroristen und Schurkenstaaten gab es kaum eine Debatte über unterschiedliche Bewertungen des geltenden Völkerrechts; sogar in die Grenzziehung der erweiterten Europäischen Union griff der US-Präsident

**»Die Welt erträgt keinen arroganten Hegemon.«**

Bush ungeniert ein, indem er etwa die Aufnahme der Türkei als Garant amerikanischer Sicherheit empfahl. In der Tendenz wird damit amerikanisches Recht Weltrecht, so wie der Dollar noch ein faktischer Goldstandard ist und die US-Armee der unangefochtene Weltpolizist, während sich die Vereinigten Staaten zugleich allen anderen, ihnen widerstrebenden Versuchen der Vereinheitlichung des Umwelt- und Strafrechts entziehen, am prominentesten im Fall des Internationalen Strafgerichtshofes.

Nun aber liegt die Vermutung nahe, dass die Vereinigten Staaten in Folge des Schocks, den der Elfte September ausgelöst hat, aus der Globalisierung eine faktische Amerikanisierung machen wollen, die bisher weder auf wirtschaftlichem noch auf kulturellem Gebiet zu erreichen und von den USA im Übrigen nicht angestrebt war.

Eine wirkliche Globalisierung, die diesen Namen verdient, erfordert das Ende des American exceptionalism und damit einer räumlich gebundenen, von nur einer Kraftquelle ausgehen-

den Mission, wie sie die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung in Anspruch genommen haben. Diesbezüglich weisen sie, nicht Europa oder Afrika, den größten Rückstand auf. Die Welt erträgt keinen arroganten Hegemon. Amerika muss sich nolens volens selbst »globalisieren« und die im Hinterland wie in den Machtzentralen ironisierte internationale Gemeinschaft anerkennen.

Die Auseinandersetzung um den Kurs der ökonomischen und kulturellen Entgrenzung der Welt wird also zunehmen, und Europa und der Rest der Welt brauchen sich von amerikanischen Politikern, Managern und Talkmastern keine Lektionen geben zu lassen. Unter der verführerischen Last historischer Analogien hat die Führung der Vereinigten Staaten die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft verkannt. Kurz- und mittelfristig ist dies die Bekämpfung der ungebrochenen Gefahr durch einen entgrenzten Terror, mittel- und langfristig eine Weltordnung, die gerechter, nachhaltiger, vielfältiger und demokratischer ist.

Der unilaterale Internationalismus der Vereinigten Staaten trägt zur regionalen wie transnationalen Demokratisierung faktisch wenig bei, und für die Erfüllung aller anderen Politikziele ist die Präsenz und Wirkungsweise eines arroganten Hegemons völlig kontraproduktiv. Auf der einen Seite ist Amerika ohnmächtig, auf der anderen Seite agiert es imperial. Nur eine Rückkehr zum Multilateralismus kann seine Schwächen ausgleichen und seine Stärken nutzbar machen. Sonst wird ausgerechnet die Macht zum stärksten Gegner der Globalisierung, die sie wie keine zweite propagiert hat.

Der Artikel ist eine mit Zustimmung des Autors erstellte Textzusammenstellung aus: Claus Leggewie, Die Globalisierung und ihre Gegner, München: Verlag C.H. Beck 2003.